

Neuer Kalter Krieg?

Historiker Jost Dülffer

zur Vergleichbarkeit

historischer Ereignisse

Vor 50 Jahren bricht im Ahrtal der Dritte Weltkrieg aus – im Rahmen der ersten NATO-Übung im Regierungsbunker und dann alle zwei Jahre aufs Neue. Vor 25 Jahren löst sich der „Warschauer Pakt“ auf. Beide „runden Geburtstage“ stehen heute auch für die Geschichte des Kalten Krieges, der momentan eine vermeintliche Renaissance erlebt.

Es schien so, als sei der Begriff mit dem Öffnen des Eisernen Vorhangs ein Fall für die Geschichtsbücher. Doch seit einiger Zeit wird der Terminus wieder genutzt. Die Beziehungen zwischen Russland und dem Westen sind angespannt. Militäroperationen sind für beide Seiten strategische Handlungsoptionen, wobei unterschiedliche Interessen verfolgt werden. Das politisch-militärische Kräftemessen um die Ukraine oder die Krim-Annexion passen eher in die Übungsszenarien der NATO-Übungen 1962 bis 1989, aus denen sich stets ein Atomkrieg entwickelte, als das sie für Entspannung stehen.

Findet aktuell ein Rückfall in den Kalten Krieg statt? Oder hinkt der Vergleich? Fragen, die der renommierte Historiker Jost Dülffer beantwortet.

Herr Dülffer, ist es angemessen, mit Blick auf die aktuelle geopolitische Situation von einem neuen Kalten Krieg zu sprechen?

Darüber, was der Kalte Krieg denn eigentlich war, kann man sich auch mit historischem Abstand trefflich streiten. Die einen sehen ihn als eine fast totale Auseinandersetzung auf allen Sektoren der Politik, der Wirtschaft, der Ideologie, kurz: ein Kampf, der mit allen Mitteln außer den militärischen geführt wurde. Es war demnach ein Krieg, der sozusagen in alle Poren der beteiligten Gesellschaften reichte – bis hin zu Film und Medien. Daran ist vieles richtig. Aber ich halte eine andere Perspektive für fruchtbarer.

Welche?

Ich spreche lieber für die Zeit von etwa 1945 bis 1989/90 von einem andauernden Ost-West-Konflikt. Dieser kannte unterschiedliche Phasen der Konfrontation, aber auch von Abschwächungen. Nur drei Phasen in dieser Zeit würde ich als Kalten Krieg bezeichnen – eben als Konfrontation unterhalb der Schwelle des (allgemeinen) Schießkrieges. Gemeint sind Berlin-Blockade und Koreakrieg (1948 bis 1951), sodann die zweite Berlinkrise, die im Mauerbau gipfelte, die Kubakrise (die Zeit von etwa 1958-1963) und die Krise um den NATO-Doppelbeschluss und die dann tatsächlich erfolgende „Nachrüstung“ (1979 bis 1984). Dazwischen gab es Zeiten der Entspannung auf einem oder mehreren der oben genannten Sektoren. Das war eine Détente, die den andauernden Konflikt zeitweise weniger dramatisch machte oder wenigstens so erscheinen ließ. Das änderte nichts an dem ideologischen, waffenbewehrten Konflikt, aber zeigte doch Möglichkeiten für einen Modus Vivendi mit Sinn beider Seiten für die Grundinteressen der anderen Seiten.

Hängengelassen: Karte im Lagezentrum des NATO-Bunkers „Erwin“ (Börfink). Das Material ist morbide, Denkmodelle des Kalten Krieges scheinen aber wieder zeitgemäß.

Das heißt?

Im ersteren Sinn wäre es falsch von einem neuen Kalten Krieg zu sprechen, in der zweiten Bedeutung allerdings schon eher: Es gibt seit etwa 2014 Anzeichen für eine neue Konfrontation Russlands mit „dem Westen“. Voran die USA, die auf andere Weise für eine – wie auch immer zu beurteilende – harte Auseinandersetzung wie im Kalten Krieg sorgt, aber bislang nicht im Sinne der Gefahr eines großen Krieges zwischen Ost und West. Natürlich sind viele Ausgangspunkte und Entscheidungsstrukturen ganz anders, die Welt ist viel globaler geworden, es herrschen neue Technologien und damit auch Wirtschaftsfaktoren. Aber: die Politik, Russland zu einer Groß- oder gar Supermacht auf Augenhöhe mit den USA zu machen, deutet schon auf die Wiederaufnahme eines seit Jahrzehnten unterbrochenen Anspruchs hin.

Der russische Ministerpräsident Medwedew hat jüngst auf der Münchener Sicherheitskonferenz hinsichtlich des Ost-West-Verhältnisses Parallelen zum Jahr 1962 gezogen. Passt dieser Vergleich, will man das aktuelle Ost-West-Verhältnis beschreiben?

Da wäre ich vorsichtiger. Bei der Kubakrise ging es um den sowjetischen Versuch, unmittelbar in den US-amerikanischen Nahbereich vorzudringen, und zwar mit Raketen auf Kuba, welche die USA direkt erreichen konnten. Das war eine massive Bedrohung des US-Kernlandes; dass aber etwa amerikanische Mittelstreckenraketen längst in der Türkei stationiert waren, die ein Gleiches mit der Sowjetunion taten, wurde im Westen gern vergessen. Der konfliktlösende Deal sah dann auch so aus, dass öffentlich bekannt die sowjetischen Raketen, dazu aber auch stillschweigend genau diese US-Raketen abgebaut wurden und die Sowjetunion ihren Coup auf Kuba beendete. Aber in der Tat: Es gab in den entscheidenden Tagen im Oktober 1962 zeitweise die Gefahr einer direkten militärischen Konfrontation zwischen den damaligen Supermächten, welche die Gefahr auch eines Atomkrieges in sich trugen. Davon kann heute nicht die Rede sein, es sei denn, eine Macht – hier also Russland – denke erneut an eine solche Herausforderung. Medwedews Ausspruch ist also Teil einer Propagandakampagne.

Was wollte Medwedew mit 1962 ausdrücken? Warum, glauben Sie, hat er gerade auf diese Jahreszahl abgehoben?

Nun ja, die russische Politik zeigt sich seit einiger Zeit wieder konfrontativer und das heißt auch, dass man die Instrumente militärisch gestützter Machtpolitik wieder nicht nur als Waffen zeigt, sondern damit auch die entsprechenden Drohgebärden verbindet. Auch historische Analogien – zumindest wie man sie sich in Moskau vorstellt – sind bestens geeignet, diffuse Assoziationen durch Erinnerungen wachzurufen und damit den Versuch zur Einschüchterung des Gegners zu unternehmen. Dazu gehörte auch die Kubakrise 1962.

Auch Vergleiche zu 1914 kursieren, die eine europäische Situation zwischen damals und heute gleichsetzen: innereuropäische Spannungen, die Rolle der Balkanstaaten und der Türkei, das Verhältnis zu Russland. Was taugt dieser Vergleich 1914 – 2016 aus Ihrer Sicht?

„Wer nicht vergleicht, ist blöd,“ sagt schon die Werbung von Media-Markt. Aber im Ernst: Vergleiche mit Vergangenen und daher schon Bekanntem, um eine neue Situation besser zu verstehen, sind gut und hilfreich. Neben Zutreffendem findet man aber gerade in der Geschichte auch immer Unterschiede. Das trifft zumal für Ereignisse zu, die hundert Jahre und mehr zurückliegen. Technik, Wirtschaft, Industrie etc. – kurz ziemlich viele Rahmenbedingungen waren ganz anders.

Das heißt, man vergleicht Äpfel mit Birnen?

Vergleiche sind wirklich hilfreich, um einzelne Elemente in historischen Situationen besser zu erkennen. Über die Situation am Vorabend des Ersten Weltkrieges haben wir international vor zwei Jahren zum 100. Jahrestag des Beginns wieder einmal heftig gestritten. Wenn man – wie viele gerade deutsche Historiker seit langem – der Ansicht ist, es komme darauf an, die Hauptschuldigen ausfindig zu machen, und diese Hauptschuld trage gerade das Deutsche Kaiserreich im Bündnis mit Österreich-Ungarn, dann ist es schwer oder wenig hilfreich, Putins Russland heute in diese Ecke der herabgehobenen Verantwortung zu stellen.



Gestern und Heute: Starfighter (vorn) auf dem Fliedgerhorst Nörvenich, dahinter ein Eurofighter.

Ergeben sich aus der Geschichtsanalyse aktuelle Warnsignale?

Wenn man die zweifellos vorhandenen Unterschiede von Kriegstreiberei und damit politischer Verantwortlichkeit zwar sieht, aber doch auf das ganze europäische System blickt, dann kann man schon ein wenig nachdenklicher werden. In einem heutigen globalen System könnte eine vergleichbare Mentalität wie damals aufkommen: Wir verfolgen alle nur unsere eigenen, legitimen und begründeten Interessen, hinter die wir nicht zurückkönnen. Aus einem solchen Blickwinkel können Handlungszwänge formuliert werden, die Härte bis hin zur Kriegsbereitschaft vor scheinbar schwächliches Nachgeben setzen.

Die Gefahr eines „Dritten Weltkriegs“ ist demnach real?

Trotz einer solchen, primär von Russland ausgehenden neuen Konfrontationsbereitschaft sehe ich derzeit sowohl in der Ukraine 2015 als auch in Syrien 2016 die Bereitschaft aller Seiten, sich nicht in solche Sackgassen zu manövrieren. Kurz: Von Schlafwandlern, wie sie Christopher Clark für 1914 diagnostizierte, erkenne ich bei uns derzeit glücklicherweise wenig. Dass in gewissem Maße auch in der großen Politik geblufft und gezockt wird, ist klar – aber alle Seiten scheinen sich da bisher gesichtswahrende Rückzüge gesichert zu haben. „Fall back“-Position heißt das in der strategischen Debatte – und die haben alle Beteiligten.

Vor 50 Jahren fand im Regierungsbunker die erste Übung statt. Signalisierte die Bundesregierung damit Handlungsfähigkeit und den Entwurf von Modellen einer Krisenbewältigung?

Das war damals doch ziemlich anders. Es herrschte die Logik des Atomkrieges, dem man irgendwie und wenn auch noch so verzweifelt durch Verbunkerung zu begegnen hoffte. Und das geschah gerade, weil man den Weg in den Krieg nicht durchziehen wollte. Der Bunker – und so etwas hatten ja ziemlich viele Länder ganz ähnlich – war gewiss durch Geheimdiensterkundung auch im Ostblock bekannt. Aber darin steckte kein demonstrativer Akt nach außen, sondern

er ähnelte eher dem Singen im finsternen Walde: Wir können auch einen Atomkrieg überleben und weiterkämpfen – wie es das angeblich so kriegs- und risikobereite kommunistische System in den westlichen Vorstellungen ja tat. Aber letztlich hatte man auch in Moskau seit den fünfziger Jahren genauso viel Angst und drohte eher öffentlich politisch – siehe Chruschtschow in der Kubakrise 1962, als er mit der Drohung mit Atomraketen auf Paris und London Eindruck zu schinden suchte. Auch das war öffentlich wirksame Symbolpolitik.

Welche Signale gingen vom Bunker und den Übungen darin innenpolitisch und an den Ostblock aus?

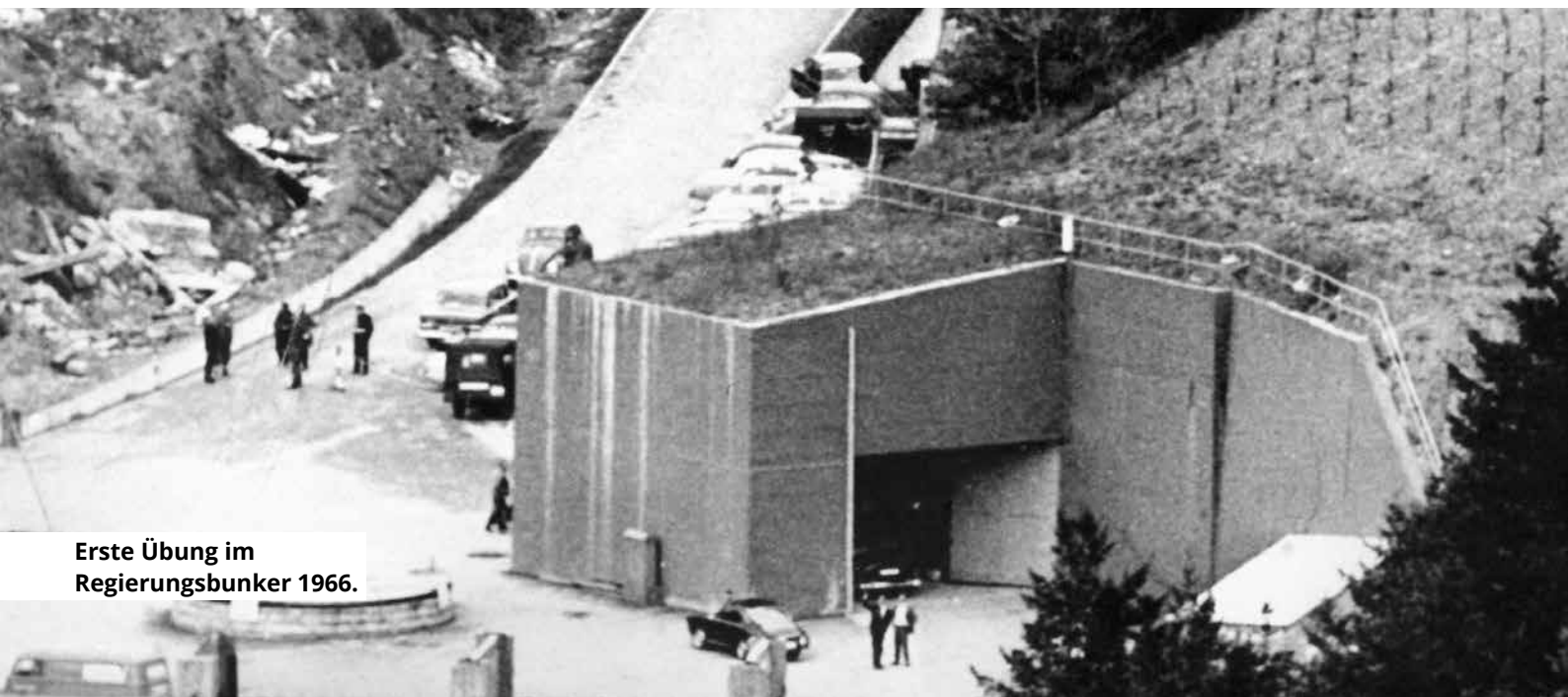
Keine, denn man wollte so weit als möglich unter der Schwelle öffentlicher Aufmerksamkeit bleiben. Was so allerdings nicht gelang.

Boten die bei den Übungen durchgespielten Verfahren Optionen, einer realen Krise wirkungsvoll zu begegnen?

Solche Szenarien sollen selten den genau erwarteten oder befürchteten Fall durchspielen, sondern zumeist einen ähnlichen Fall, mit dem man intern, gleichsam technisch die eigenen (reaktiven) Kriegsvorbereitungen ausprobieren wollte. Das durfte nicht zu fern von den real angenommenen Szenarios sein, aber auch nicht so dicht daran, dass der (durch Spionage möglicherweise gewarnte) Gegner das doch fälschlich als reale Vorstufe zum richtigen Krieg deuten konnte.

Wie sinnvoll waren dann die Übungen im Regierungsbunker?

Da natürlich (zumindest bis zur KSZE 1975) Manöver mit Soldaten in der Öffentlichkeit auch immer irgendwie Drohsignale an den Gegner darstellten, konnte man dort wieder diplomatische Signale an den Gegner über die eigene Kampfbereitschaft oder zumindest über einen Test dazu senden – wenn man so will: Potenzspiele, aber leider sehr ernste. Und gerade die gibt es heute erneut verstärkt. Die Stabsübungen à la Fallex seit den sechziger Jahren drangen



Erste Übung im Regierungsbunker 1966.

inhaltlich nicht in die Öffentlichkeit und waren im Kern eher Katastrophenübungen, die einen Apparat testen sollten, der solche Tests im Ernstfall eines Atomkrieges gar nicht hätte durchstehen können. Aber dennoch sind solche Übungen nicht ohne jeden Sinn gewesen.

Wäre die heutige Bundesregierung gut beraten, solche Übungen zu reaktivieren und Verfahren zu erproben, die auch militärische Konflikte berücksichtigen?

Ich bin nur Historiker, habe keine Kenntnis von heutigen Vorgängen auf dieser Ebene. Aber Stabs- oder Rahmenübungen à la Regierungsbunker Ahrweiler dürfte es wohl auch heute gelegentlich geben. Es ginge ja darum, das Funktionieren etwa des Regierungsapparates auf oberster Ebene oder von Teilen unter außergewöhnlichen Umständen auszuprobieren. Und das gilt nicht nur für den unwahrscheinlichen großen allgemeinen Krieg, sondern für viele katastrophische Fälle.

Wie die Atomkatastrophe von Fukushima?

Ich hatte den Eindruck, dass man in Japan auf Fukushima nicht gut vorbereitet war und ohne, dass es einen Atomunfall bei uns oder den Nachbarn geben müsste, ist Vorsorge in einem gewissen Rahmen gar nicht so schlecht und zeugt von Verantwortung. Militärische und zivile Katastrophen unterhalb der Atomkriegsschwelle können ganz ähnliche Vorsorgeübungen sinnvoll erscheinen lassen. Aber man muss wachsam sein, dass sich eine solche Tendenz zur Vorbereitung auf Krisen nicht zu einem Struktur prägenden Element unserer Zivilgesellschaft wird.

Die NATO-Übungen 1962-1989 nahmen Krisen in Jugoslawien, Griechenland, Nordafrika und sogar in Syrien zum Anlass einer Ernstfallsimulation. Erkennen Sie historische Muster im aktuellen Zeitgeschehen?

Ich habe gerade versucht auszuführen, dass solche Übungen zumeist nicht weltfremde Konflikte, aber auch nicht die je

aktuell bedrohlichste „Lage“ zum Ausgangspunkt nehmen. Wenn die Bundesregierung herausposaunte, sie würde jetzt ihr eigenes Überleben in einem Atomkrieg mit Russland erproben, wäre das allerdings eine massive politisch-mediale Aussage, die ihr aus Moskau als Provokation um die Ohren gehauen würde. Und die ihr innenpolitisch eher Panikreaktionen einbringen würde: genau deswegen geschieht so etwas vermutlich auch nicht im Geheimen.

Aus der Geschichte lernen: Welchen Tipp würden Sie der aktuellen Bundesregierung geben, die internationale Situation zu entschärfen?

Nach meinem Eindruck fährt die Regierung der Großen Koalition derzeit relativ einvernehmlich einen Doppelkurs: Beachtung der Menschenrechte einerseits, realpolitische Abmachungen auch mit nicht ganz so freundlichen lupenreinen Demokratien andererseits, welche dem ersteren manchmal nicht so ganz entsprechen. Beispiel: Flüchtlingskrise und Türkei oder auch: Ostukraine und Russland. Genau das Abwägen zwischen diesen beiden Polen scheint mir richtig zu sein. In diesem Rahmen muss jede Entscheidung zwischen diesen Polen neu austariert werden und legt nicht von vornherein eine Patentlösung nahe.

Aber eine Lehre aus der Geschichte gibt es doch?

Es gibt sicherlich nicht von Anfang an einen großen Wurf, mit dem man die heutzutage auf vielen Ebenen überbordenden Konflikte lösen könnte, wohl aber sollte sie einerseits einen wachen Blick auf materielle Not, Verletzung von Menschenrechten haben und andererseits die Einsicht in begrenzte Mittel auch eines reichen Landes, wie es die Bundesrepublik ist. Wir erleben eine Fülle von akuten, auch militärischen Konflikten etwa in der Ukraine oder in Syrien, aber auch in Mali oder Nigeria. Wir haben vielfältige Not- und Hungersituationen, wir stecken mitten im Klimawandel. Die Bundesregierung kann sich nicht überall mit gleicher Intensität kümmern, aber die Deutschen sollten sich dieser und anderer Gefahren bewusst sein und sich nach ihren Möglichkeiten einmischen – die Flüchtlingsfrage überschattet derzeit alle anderen.

(30. März 2016)

Das Interview führten Frieder Bluhm (Rhein-Zeitung) und Jörg Diester (Bunker Dokumentationsstätten, Marienthal)

Herausgeber:



Bunker Dokumentationsstätten

Klosterstraße 1
53507 Marienthal
www.bunker-doku.de
info@bunker-doku.de

Fotos: alle Nutzungsrechte ebd.

Vervielfältigung nur nach schriftlicher Genehmigung



Spezialgebiet Friedens- und Konfliktforschung: **Jost Dülffer** ist Historiker und Professor für Neuere Geschichte an der Universität zu Köln mit dem Forschungsschwerpunkt Internationale Beziehungen/ Historische Friedens- und Konfliktforschung. Er hat zahlreiche wissenschaftliche Arbeiten zum Ost-West-Konflikt (1945-1989/90) verfasst. Als Mitglied der Unabhängigen Historiker-

kommission (UHK) arbeitet er seit 2011 die Frühgeschichte des Bundesnachrichtendienstes auf. Mit der Dokumentationsstätte Regierungsbunker, Bad Neuenahr-Ahrweiler, steht er seit Jahren in Verbindung und bewertete unter anderem die Abschlussarbeit zur Bedeutung der ersten Bunkerübung „Fallex 66“ eines Studenten, der als Gästeführer auch in der Dokumentationsstätte aktiv ist.